

LANDTAG DEBATTIERT BOUFFIERS REGIERUNGSERKLÄRUNG

„PARADEBEISPIEL FEHLENDER INSPIRATION“

Der Überschrift seiner Regierungserklärung – „Aufbruch im Wandel“ – ist Ministerpräsident Volker Bouffier aus Sicht des Oppositionsführers **Thorsten Schäfer-Gümbel** nicht gerecht geworden: „Machterhalt anstelle von Reformpolitik, dafür stand diese Rede.“

Gewöhnlich erwarte man vom Ministerpräsidenten am Anfang der Wahlperiode einen Aufriss der wichtigsten politischen Vorhaben. Abgeliefert habe Volker Bouffier ein „Paradebeispiel fehlender Inspiration.“

„Ein politischer Neuanfang für Hessen sieht anders aus.

Für einen Aufbruch braucht es erstens ein Ziel, zweitens eine Idee, wie man dahin kommt, und drittens den Mut, einen neuen Weg zu gehen. Nichts davon hat Herr Bouffier heute skizziert“, sagte Schäfer-

Gümbel. Auf die entscheidenden Fragen nämlich das Gelingen der Mobilitätswende, die Schaffung

derte ein Umdenken bei der Wohnungspolitik. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gelinge insbesondere im Ballungsraum nicht mit den Instrumenten, die bereits in der Vergangenheit gescheitert seien. „Vordringlich ist, die Bodenspekulation zu beenden sowie schnellere Verfahren und neue und moderne Förderprogramme zu etablieren.“

Der Fraktionsvorsitzende warnte vor Angst-Populismus, der nun auch im Hessischen Landtag vertreten sei. „Seine Vertreter wollen am Ende ein ganz anderes Land. Sie wollen

einen autoritären Staat, der angeblich Sicherheit gibt, tatsächlich aber nur Freiheit nimmt und den freiheitlichen Rechtsstaat verachtet.“ Dem müssten sich Demokraten entschieden entgegenstellen.



FOTO: GERT-UWE MENDE, BEARBEITUNG ISABEL NEUMANN

NEUER ANLAUF: SCHLUSS MIT STRASSENBEITRÄGEN

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat erneut einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen vorgelegt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, **Günter Rudolph**, sagte dazu: „Schon zwei Mal hat die SPD einen Gesetzentwurf zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen eingebracht. Zweimal hat sie die Mehrheit von CDU und GRÜNEN ohne parlamentarische Beratung abgelehnt.“ Mittlerweile

gebe es über 60 Bürgerinitiativen in Hessen, die sich für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen einsetzen. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen werde zu einer immer größeren Belastung für viele Bürgerinnen und Bürger, die einige 10.000 Euro betragen könne. Faktisch seien immer mehr Kommunen gezwungen, Straßenausbaubeiträge zu erheben.

„Der SPD-Gesetzentwurf sieht vor, die Kommunen durch Zahlung einer Investitionspauschale

in Höhe von 60 Millionen Euro zu entlasten. Dieses Geld muss zweckgebunden für die Sanierung von Straßen verwendet werden“, sagte Rudolph. Damit stehe den Kommunen auch nach Wegfall der Straßenausbaubeiträge die notwendige Summe zur Verfügung, um die örtlichen Straßen zu erhalten und zu sanieren.



GÜNTER RUDOLPH

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

GRUNDRENTE HONORIERT LEBENSLEISTUNG

Den Vorschlag zur Einführung einer Grundrente, die eine deutliche Anhebung der Renten von Geringverdienerinnen bzw. -verdienern vorsieht, begrüßte der Sprecher für Arbeitsmarkt- und Rentenpo-



litik, **Wolfgang Decker** (Bild). Wer jahrzehntelang gearbeitet, Angehörige gepflegt oder Kinder großgezogen habe, verdiene dafür Respekt. Decker sagte: „Die Grundrente steht allen zu, die viel geleistet, aber wenig bekommen haben. Sie ist für uns keine Sozialleistung, sondern Anerkennung der Lebensleistung.“

SCHÜLERDEMOS FÜR KLIMASCHUTZ

Unter dem Motto „Fridays for Future“ gehen wöchentlich Schülerinnen und Schüler auf die Straße,



um für eine aktive Klimaschutzpolitik zu demonstrieren. Der bildungspolitische Sprecher **Christoph Degen**

wandte sich gegen die Unterstellung, dass die Hauptmotivation der Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsausfall liege. Wer so etwas behauptete, der habe wenig Zutrauen in die Mündigkeit der jungen Generation.

Wer von „Schulschwänzern“ oder „Kinderkreuzzügen“ rede, habe ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Degen sagte, er sehe die Schülerdemos vielmehr als Bestandteil von politischer Bildung.

KOMPROMISS BEI PARAGRAPH 219A

Die frauenpolitische Sprecherin **Lisa Gnagl** hat den Kompromissvorschlag der Bundesregierung zum Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches positiv bewertet. Eine komplette Abschaffung des Paragraphen sei von der CDU leider abgelehnt worden. Die SPD habe einerseits erreicht, dass die betroffenen Frauen sich besser und unkompliziert informieren können, und andererseits, dass Ärztinnen und Ärzte nicht länger kriminalisiert werden, wenn sie darüber informie-



ren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche unter den gesetzlichen Voraussetzungen durchführen.“

GERINGE ANERKENNUNGSQUOTE

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem die Maghreb-Staaten sowie Georgien als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ eingestuft werden sollen, wird von der SPD unterstützt. **Thorsten Schäfer-Gümbel** wies auf die geringe Anerkennungsquote bei Asylanträgen von Menschen aus diesen Ländern hin. „Die Einordnung als ‚sichere Herkunftsstaaten‘ nimmt niemandem das individuelle Recht auf politisches Asyl. Wir wissen, dass es auch in diesen Ländern zu Menschenrechtsverletzungen kommt – und genau deswegen steht den Menschen, die davon bedroht sind, unverändert der Weg zu Asyl in Deutschland offen.“

SOLIDARITÄT MIT KULTURSCHAFFENDEN

Die Initiative „Erklärung der Vielen“, mit der sich viele Künstlerinnen und Künstler für die Freiheit der Kunst und gegen Angriffe von Rechten auf Kulturinstitutionen einsetzen, hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** gelobt. „Vor hundert Jahren wurde in der Weimarer Verfassung die Kunst- und Kulturfreiheit verankert. Die Freiheit von Kunst und Kultur ist heute wieder Angriffen, größtenteils aus dem rechten Spektrum, ausgesetzt. Diese reichen von Anträgen auf Entziehung von Zuschüssen bis zu Morddrohungen. Diesen Angriffen stellen wir uns entschieden entgegen.“



AUCH IN KASSEL GEHEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER FÜR KLIMASCHUTZ AUF DIE STRASSE.

FOTO: CSUTHORN / CC-BY-SA-4.0 / COMMONS.WIKIMEDIA.ORG



29 Mitglieder gehören der neuen SPD-Fraktion im Hessischen Landtag an. Die Fraktion hat ihren neuen Vorstand (s.u.) und die Fachsprecherinnen und Fachsprecher gewählt. Innen: Nancy Faeser, Bildung: Christoph Degen, Justiz: Gerald Kummer, Soziales: Lisa

Gnabl, Umwelt: Gernot Grumbach, Wirtschaft: Tobias Eckert, Wissenschaft: Dr. Daniela Sommer, Digitales: Tobias Eckert, Hauptausschuss: Angelika Löber, Europa: Sabine Waschke, Petitionen: Oliver Ulloth, Justizvollzug: Frank-Tilo Becher, Heimatvertriebene und

Flüchtlinge: Turgut Yüksel und Finanzcontrolling: Kerstin Geis. Die SPD hat drei Ausschussvorsitzende nominiert: Wolfgang Decker für den Haushaltsausschuss, Manuela Strube für den Petitionsausschuss und Karin Hartmann für den Kulturpolitischen Ausschuss.

NEUER FRAKTIONSVORSTAND

Als Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde Thorsten Schäfer-Gümbel wiedergewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt weiterhin Günter Rudolph. Dem Fraktionsvorstand gehören als stellvertretende Vorsitzende an: Nancy Faeser, Lisa Gnabl, Dr. Daniela Sommer, Tobias Eckert, Torsten Warnecke und Marius Weiß. In seiner ersten Sitzung wählte der Hessische Landtag Heike Hofmann zur Vizepräsidentin.



FOTO: GERT-UWE MENDE



FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 146-2004-0097 / CC-BY-SA 3.0

GEDENKEN AN FRIEDRICH EBERT

„Demokratie braucht Demokraten“, sagte einst Friedrich Ebert. Vor fast genau 100 Jahren, am 11. Februar 1919, hatte die Nationalversammlung Ebert zum Reichspräsidenten gewählt und damit eine wichtige Phase in der Demokratiegeschichte eingeleitet. Aus diesem Anlass hatte die SPD-Fraktion **Professor Dr. Walter Mühlhausen** (Bild) zu einer Gedenkstunde im Landtag eingeladen. Der Leiter der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte schilderte nachdrücklich, welche zentrale und verantwortungsbewusste Rolle die Sozialdemokratie bei der Gründung der Weimarer Republik übernommen hatte.



Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zluga, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Isabel Neumann

RECHTSEXTREME UMTRIEBE SCHNELLSTENS AUFKLÄREN

Der Hessische Landtag hat über die Vorwürfe gegen hessische Polizeibeamte debattiert, die sich rechtsextremem Umtriebe schuldig gemacht haben sollen.

Nancy Faeser forderte eine rückhaltlose Aufklärung aller Vorwürfe. Sie sagte: „Inzwischen sprechen selbst konservative Zeitungen vom größten Polizeiskandal seit vielen Jahren. Das wichtigste Kapital der hessischen Polizei – das Vertrauen der Menschen – droht Schaden zu nehmen, weil das In-

nenministerium nicht imstande ist, in dieser Angelegenheit transparent zu kommunizieren.“

Besonders kritikwürdig sei, dass Parlament und Öffentlichkeit vom Innenminister erst mit großer Verzögerung über das erste Drohschreiben gegen eine Frankfurter Anwältin unterrichtet worden seien, das mit „NSU 2.0“ unterzeichnet war.



MEHR EUROPA

Angesichts des drohenden Ausscheidens von Großbritannien aus der EU hat **Sabine Waschke** gefordert, die richtigen Lehren aus dem Brexit zu ziehen. So müsse das Vertrauen in die europäische Idee gerade in der arbeitenden Mitte gestärkt werden. Europa bedeute ein soziales Versprechen, das auch für faire Löhne und mehr Steuergerechtigkeit stehe.



MEHR VIELFALT

Als sinnvolle Anpassung im Hinblick auf geändertes Nutzungsverhalten digitaler Angebote sieht **Angelika Löber** den neuen Rundfunkstaatsvertrag. Damit könnten die öffentlich-rechtlichen Sender interessantere und vielfältigere Mediatheken anbieten und ihre interaktive sowie barrierefreie Kommunikation im Web und auf Social-Media-Kanälen verbessern.



FREILASSUNG GEFORDERT

Die Freilassung der hessischen Friedenspreisträgerin Şebnem Korur Fincancı aus türkischer Haft hat Heike Hofmann gefordert. Sie stehe beispielhaft für mehr als 100 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende, die sich in der Türkei in Untersuchungshaft befinden. „Dort sind



seit dem Putschversuch im Jahr 2016 Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Es gibt konstruierte Anklagen mit Terrorismusvorwürfen und tausende Strafverfahren, nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die Inhaftierung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Anwälten und anderer Personen darf nicht unwidersprochen bleiben.“